

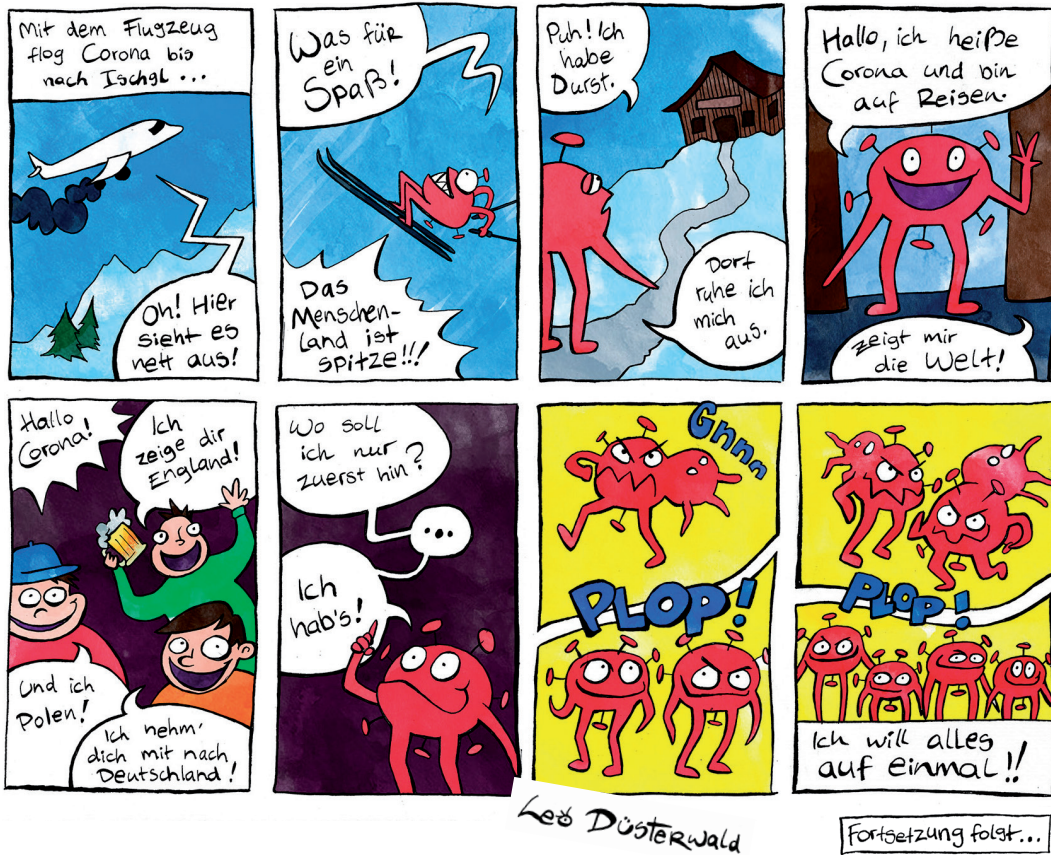
Offene Worte

Online Nr. 20

Zeitung der LINKEN für den Barnim 22. Mai 2020, 30. Jahrg.

Coronas Abenteuer

Neu: 1x pro Woche Comic



Kommunen und Eltern sollen Kita-Last tragen?

Brandenburg wechselt am 25. Mai von der „Notbetreuung“ zur „eingeschränkten Regelbetreuung“ in Kitas. Das lässt einige Familien aufatmen, fordert aber Kitas und Erzieher*innen enorm: Sie müssen alle Corona-Hygieneregeln mit gleichem Personal und gleichen räumlichen Voraussetzungen organisieren. Das ist in vielen Einrichtungen die Quadratur des Kreises. Da ist weiter Solidarität zwischen Erzieher*innen und Eltern zu Gunsten der Kinder gefragt.

Das aber stellt die Brandenburger Landesregierung in Frage. Denn der Wechsel von der „Not- zur eingeschränkten Regelbetreuung“ ist kein Wortspiel. Es kann heißen: Voller Elternbeitrag. „Das Land hat sich völlig aus der Verantwortung gestohlen“, kommentiert Beraus Bürgermeister André Stahl (LINKE). Dass Eltern „im schlimmsten Fall für 4 Wochenstunden (Mindestbetreuungsanspruch) den vollen Betrag zahlen müssten“, macht Barnimer Kommunalvertreter*innen der LINKEN fassungslos.

Im „Notbetrieb“ hatte das Land den Kommunen zumindest Beiträge für Kinder erstattet, die keine Betreuung erhielten. Nun überarbeitet die Landesregierung diese Förderrichtlinie. Bleibt abzuwarten, was sie regelt und zu hoffen, dass Städte und Gemeinden nicht allein mit den Kosten bleiben und Eltern mit Beschränkungen und den Kosten des Elternbeitrages. (mh)

Europa: Das Heilmittel heißt Solidarität

Die Linksfraktion im EU-Parlament stellte letzte Woche Vorschläge für die EU „nach der Pandemie“ vor

Die Welt kann nach dieser Pandemie eine grundlegend andere sein. Covid-19 führt uns vor Augen: Das kapitalistische System funktioniert nicht. Neoliberale Wirtschaftspolitik, Klimakrise, Verkauf öffentlicher Dienstleistungen, Angriffe auf Arbeitnehmer*innenrechte – Sinnbild eines funktionalen Versagens. Die uns alle treffende Pandemie bietet jedoch die Chance eines Wechsels zu einer Gesellschaft, die auf anderer Logik aufbaut: Gesundheit, Natur und Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen, nicht den Profit. In einer Zeit, in der Solidarität eine zentralere Rolle spielt, erkennen immer mehr, dass Wirtschaftswachstum mit seinen negativen Auswirkungen für Umwelt und Menschenrechte den Weg in eine lebenswerte Zukunft für alle verhindert. Beginnen wir die Arbeit an dieser Zukunft jetzt: in Brandenburg, Deutschland, den EU-Institutionen. Hin zu einem Europa, das Grundrechte und Demo-

kratie garantiert, regional wie global auf sozial-ökologisches Wirtschaften setzt und die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 umsetzt. Das für gerechte Lebensverhältnisse und friedliche, gleichberechtigte Zusammenarbeit in der Welt steht.

Die Linksfraktion im EU-Parlament legte letzte Woche Vorschläge für ein Europa nach der Pandemie vor, die einen Pakt für nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung beinhalten sowie die Ausrichtung des Mandats der Europäischen Zentralbank an einen Menschen und dem Planeten dienenden Währungspolitik. Der Plan „Solidarität heißt die Heilung“ benennt die beispiellose Natur der Gesundheits-, Wirtschafts- und Sozialkrise, mit der die EU heute konfrontiert ist; und die seit

der Finanzkrise 2008 begangenen Fehler. Er verbindet konkrete Angebote für eine Vision für Europa mit gemeinschaftlichen Aufgaben für die EU. Wir fordern die Finanzierung der Erholung durch eine höhere Besteuerung großer Unternehmen und vermögender Privatpersonen sowie durch eine Finanztransaktionssteuer, um die arbeitenden Menschen nicht zur Zahlung der Kosten der Krisen zu zwingen. Der „grüne Übergang“ ist Bedingung für die Erholung – wir fordern CO2-Neutralität bis 2040. Wir fordern Unterstützung der EU für Gesundheitseinrichtungen und Produktionsstätten für die zügige Mobilisierung von Pflege und Versorgung. Letztlich müssen Kontaktverfolgungs-Apps die Privatsphäre und Grundrechte respektieren. All das erfordert eine Neuorientierung

der EU-Politik. Die aktuelle Krise offenbart die politische Spaltung innerhalb der EU und ihre konstitutionellen Schwächen. Zu oft steht Egoismus als Grundprinzip machtpolitischen Gezerres um nationale Vorteile der EU entgegen. Keine Gemeinschaft der Welt kann dauerhaft bestehen, wenn einige mehr als andere von dessen Mitgliedschaft profitieren.

Helmut Scholz
Abgeordneter DIE LINKE.
im Europaparlament

Den vollständigen Vorschlag der Linksfraktion im Europaparlament „Das Heilmittel heißt Solidarität – neue Wege für Europa nach der Pandemie“ finden Sie auf: <https://www.dielinke-barnim.de/kreiszeitung/lesecke>

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW
am 24. Mai